Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Nr. 438. Berlin, Montag den 13. Oktober 1879. 19. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honorarraufforderte finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Annoncen-Bureaux: Berlin: Rud. Mosse. Haasenstein & Vogler. H. Schlotter. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. Haasenstein & Vogler. Jul. Barthelmann. — Hamburg: Haasenstein & Vogler. Jul. Barthelmann. Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesier. — Leipzig: Rud. Mosse. Haasenstein & Vogler. H. Schlotter. — München: G. Haasenstein. — Nürnberg: Stobwasser'sche Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stadtmühlgasse 2. — England, Frankreich und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchmann & Frankfier in Warschau, Senatorenhof 20.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 13. Oktober.

Die „Magdeburger Zeitung" ist müde. Sie klagt über die „politische Müdigkeit" und erklärt, daß eine Wahlniederlage der Liberalen in Deutschland „stets" als ein Zeichen politischer Müdigkeit zu betrachten sei. Diese Müdigkeit der „Nation" hat die „Magdeburger Zeitung" schon längst an allerlei Spuren deutlich erkannt. Der von dem liberalen Hauptorgan der Provinz Sachsen aufgestellten Diagnose zufolge resultirt die Ermüdung aus einem „gewissen lästigen Ueberdruß an der gar zu rastlos arbeitenden Parlamentsmaschinerie", aus dem „Unmuth ob der Ueberhäufung aller tüchtigen Kräfte mit öffentlichen Aemtern und Dienstleistungen, (!!) Abkehr des Nachwuchses vom politischen Leben, das für einen Liberalen nichts zu bieten schien, als zweckloser Aufopferung." Also ungeachtet der „Ueberhäufung mit öffentlichen Aemtern und Dienstleistungen" — doch nur in Folge der Selbstverwaltung — „ewige zwecklose Aufopferung".

Einen weiteren erheblichen Theil an der Abwendung der Geister von der Politik hat sodann — immer der „Magdeb. Ztg." zufolge — „die wirthschaftliche Lage".

„Nach sechs bis sieben mageren, erzmageren Jahren scheint nun endlich ein erfolgreiches Arbeiten für den Erwerb wieder anzubrechen; die begünstigten Geschäftszweige wünschen ohnehin die davon getragenen Zollvortheile zu pflegen, was ihnen kein Mensch verdenken kann, ja was allein am Ende noch auch die besiegten Gegner derselben einigermaßen zu trösten vermag. Die nothgedrungene halbe oder Viertels-Muße ist für zahlreiche Geschäftsleute und Arbeiter vorüber oder verspricht es bald zu sein; nur billig, daß sie da vorerst auch ihre ganze Kraft und Aufmerksamkeit der Wiedereinbringung der unmittelbaren oder mittelbaren Verluste zu widmen wünschen."

Des Weiteren folgt alsdann der jetzt in der liberalen Presse üblich gewordene Hinweis auf die Fünfziger Jahre, die Landrathskammer u. s. w.

Ganz anders stellt das Bild sich in der fortschrittlichen „Breslauer Zeitung" dar, welche glaubt, ihre Parteigenossen nicht durch Beschönigungen aller Art, sondern dadurch über die Situation belehren zu sollen, daß sie ihnen den Spiegel dicht vor das Gesicht hält. Die „Breslauer Zeitung" schreibt:

„Da hilft kein Verschweigen und Vertuschen — sagen wir es nur offen heraus: die liberalen Parteien, und zwar Fortschrittspartei und Nationalliberale, haben eine entschiedene Niederlage erlitten; seien es 80 oder 100 oder noch mehr Sitze, die sie verloren haben, gleichviel, die Konservativen und das Zentrum haben gesiegt. Man erinnert an die Bandraithskammer der fünfziger Jahre, aber es ist ein Unterschied. Damals, unter Manteuffel-Westphalen, arbeitete die Regierung selbst mit Hochdruck für die Konservativen; ob die Mittel gesetzlich waren oder nicht, darnach wurde nicht gefragt; die Liberalen wurden in aller Weise verfolgt, die Konservativen geschützt und befördert. Heute hat man von einer spezitellen, so zu sagen persönlichen Einwirkung der Regierung nichts gemerkt; die rare Artikel der „Provinzial-Correspondenz" können einen derartigen Umschwung in der Bevölkerung nicht bewirkt haben. Die Blätter der konservativen Partei haben allerdings auf die Wahlen eingewirkt, aber die Blätter der liberalen Partei nicht weniger und vielleicht noch mehr, kurz der wirklich amtliche Einfluß, der in den fünfziger Jahren Alles machte, ist heute bis auf ein Minimum verschwunden. Das Volk selbst hat gesprochen. . . ."

„Und der besiegte Liberalismus, der durch das Volk, nicht durch die Regierung besiegte und niedergeschlagene Liberalismus? Nun er wird weiter kämpfen . . . Vor Allem wird die Defensive, zu welcher er jetzt gedrängt ist, auch zur Erörterung innerhalb der Parteien beitragen. Denn Fehler sind auch das wollen wir nicht leugnen — haben ja die liberalen Parteien begangen, sonst hätte der Umschwung nicht erfolgen können; ein gewisser Uebermuth hatte sie ergriffen. . . ."

Die „Breslauer Zeitung" schließt sich somit vollkommen dem Bedauern der „National-Zeitung" an, welchem dieselbe in einer schwachen Stunde der Selbsterkenntniß Ausdruck verlieh, nämlich, daß die diesmalige Reaktion „eine Reaktion aus dem Volke heraus, eine Reaktion von unten" sei.

Wir glauben, auf diese liberalen Stimmen der „National-Ztg." und der „Breslauer Ztg." um so mehr Gewicht legen zu sollen, als sie gerade den Charakter der diesmaligen Wahlergebnisse sehr genau bezeichnen. Es ist dies auch dem Auslande gegenüber von Wichtigkeit, bei welchem Täuschungen über die innere Lage Preußens und Deutschlands schon wiederholt zu Entschließungen verhängnißvollster Art geführt haben, an deren Herbeiführung den maßlosen Agitationen und Entstellungen in unseren oppositionellen Blättern ein nicht geringer Antheil zufiel.

Nicht minder kommt es darauf an, den Charakter der diesmaligen Wahlergebnisse historisch festzustellen, um die Geschichte der inneren Entwickelung Preußens und Deutschlands vor Unwahrheiten zu bewahren. Was die „Magdeb. Ztg." Abkehr der Geister vom öffentlichen Leben nennt, ist eben nur Abkehr der Geister von der liberalen Richtung gewesen, wie denn überhaupt das genannte Blatt noch jüngst in dem Irrthum befangen ist, an welchem die liberale Partei hauptsächlich scheiterte: mit der Partei die „Nation" schlechtweg zu identifiziren.

Die Spuren der „Ermüdung", von denen die „Magdeb. Ztg." richtig spricht, sind allerdings schon zu Anfang des Jahres 1878, ja wohl schon erheblich früher erkennbar gewesen. Aber sie traten deutlich in den Vordergrund, als der damalige Reichstag nach dem Mordversuch vom 11. Mai das Sozialistengesetz ablehnte, ohne dafür etwas Anderes zu bieten als eine Vertröstung auf eine etwaige Herbstsession. Der Eindruck, den dieses Verfahren im Volke hervorgerufen, spiegelte sich alsbald in den Reichstagswahlen vom vorigen Sommer deutlich wieder, und die Mehrheit des Reichstages blieb nur dem Sinne ihrer Wähler treu, als sie im Herbst v. J. ein wenigstens zum Theil brauchbares Sozialistengesetz beschloß, und zugleich durch die Erklärung der freien volkswirthschaftlichen Vereinigung die Operationsbasis zu einem erfolgreichen Vorgehen gegen die unheilvolle Einseitigkeit der Manchesterdoktrin schuf. Der laute Beifall, unter welchem diese Wandlungen sich vollzogen haben, hat einsichtige Liberale wohl über die Bedeutung und die Tiefe der Wandlung belehrt. Das neue wirthschaftliche Programm der Regierung, wie es aus richtiger Erkenntniß und vollem Verständniß der Erfordernisse unseres nationalen Lebens entstanden war, war auch vom Volk begriffen und verstanden worden — und daraus ist das jetzt vorliegende Wahlergebniß erwachsen. Mit ihrer Haltung gegen das Sozialistengesetz hatte die liberale Partei gegen die monarchischen Gefühle und Empfindungen des Volkes, mit der Opposition gegen das Wirthschaftsprogramm gegen die realsten Interessen unseres öffentlichen Lebens verstoßen. Daher die „Abkehr". Als endlich ein Theil der Opposition sich direkt gegen die Person des Reichskanzlers wendete, konnte die Mehrheit der Wähler sich dem Gedanken nicht mehr verschließen, daß es Zeit sei, aufzuräumen und dem oratorischen Uebermuthe, welchen auch die „Bresl. Ztg." tadelt, ein Ziel zu setzen.

Wir erblicken in dem Wahlergebniß vom 7. Oktober gleichfalls ein Zeichen der Ermüdung — aber nicht der Nation, sondern der liberalen Partei; die Nation hat im Gegentheil die Apathie, welche durch den Druck des Uebergewichts des Liberalismus erzeugt worden war, abgeschüttelt und sieht zur Politik Bismarck voll Hoffnung und Zuversicht.

Die Petersburger „Neue Zeit" gefällt sich in einer Betrachtung über die Isolirung — Deutschlands und über das Fiasko, welches, ihrer Meinung nach, Fürst Bismarck in Wien erlitten. In sehr richtiger und verständiger Weise beurtheilt die „Deutsche St. Petersburger Zeitung" die komischen Auslassungen der „Neuen Zeit" folgendermaßen:

„Die russische Presse, sonders die „Neue Zeit", hört nicht auf, den Fürsten Bismarck Reise nach Wien als gänzlich mißglückt zu bezeichnen und von dem Fiasko des berühmten Diplomaten zu sprechen. Die genannte russische Zeitung giebt heute sogar, wie aus ihrem weiter unten zitirten Artikel hervorgeht, die Parole aus: „die isolirte Lage des Bismarck'schen Deutschlands". Mögen nun auch die Resultate der Wiener Verhandlungen, die in ihrem vollen Umfange garnicht recht bekannt sind, von der öffentlichen Meinung vielfach zu hoch geschätzt werden, so scheint uns doch gerade im gegenwärtigen Augenblick das Stichwort „das isolirte Deutschland" gerade so zu passen, wie die Faust aufs Auge. Wir gestehen gern zu, daß Rußland, wie die „R. Z." bemerkt, bei seiner eigenen Isolirung sich in glücklicherer Lage befindet, als Deutschland in der gleichen, allerdings noch nicht vorhandenen Situation. Das ändert aber an dem Umstande nichts, daß Deutschland mit Oesterreich Rücken an Rücken und Arm in Arm dasteht, und daß Rußland mit dieser Thatsache zu rechnen hat. Freilich ist Rußland so gestellt, daß es nur von ihm abhängt, seine Isolirung, die der „Golos" noch jüngst als ein Glück pries, nach seinem Belieben aufzugeben. Auch aus den schärfsten Artikeln, die deutscherseits gegen die russische Politik und Diplomatie geschrieben wurden, klang deutlich vernehmbar immer der Wunsch hervor, die alten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wieder herzustellen. Eine dauernde Trennung der alten Freundschaft ist in den politischen Kreisen Deutschlands, so weit wir die Sachlage beurtheilen können, wahrlich nie gewünscht worden."

Wir meldeten neulich nach der „Bigaer Zeitung", dem Dampfer „Falke", den eine Lübecker Firma zur Unterhaltung des Verkehrs zwischen Libau und Kowno angekauft hatte, sei nach der ersten Fahrt der Eintritt in Rußland verweigert worden und in solchem Anlaß eine Korrespondenz zwischen Deutschland und Rußland hervorgerufen worden. Das Journal St. Pétersbourg" bemerkt dazu, daß die Ordre, den „Falke" nicht nach Rußland zu lassen, von der lokalen Behörde ertheilt war und von der Regierung bereits außer Kraft gesetzt ist.

Ueber das mit der übrigen peruanischen Flotte in die Hände der Chilenen gefallene Panzerschiff „Huascar" lesen wir in amerikanischen Korrespondenzen:

Der „Huascar" verdankt seinen gefürchteten Namen vor Allem seinem Führer Grau (in unserer jüngst veröffentlichten Korrespondenz aus Valparaiso war irrthümlich „Grant" gesetzt. D. R.), der dem Kongresse in Lima in Anerkennung der werthvollen Dienste zum Kontreadmiral ernannt worden ist. Aus dem deutsch klingenden Namen des Seehelden hat man auf seine deutsche Abkunft geschlossen; wahrscheinlich täuscht man sich darin. Der Name Grau ist in Catalonien nicht selten, und das Wort gehört wohl dem Catalonischen an. Die Besatzung des „Huascar" ist allerdings bunt gemischt und zählt Abenteurer verschiedener Nationalität, namentlich aber viele Italiener und Griechen.

Rundschau im Auslande.

Die Ungeduld, den nunmehrigen Leiter der auswärtigen Politik **Oesterreich-Ungarns** seine amtliche Thätigkeit eröffnen zu sehen, hat verschiedenen Wiener Blättern eingehende Mittheilungen aus einer Depesche in die Feder diktirt, welche Baron Haymerle an die diplomatischen Vertreter der Monarchie im Auslande gerichtet haben soll. Das Wiener „Fremdenblatt" führt diese Nachricht auf ihre richtiges Maß zurück, indem sie konstatirt, daß das Antrittsrikular, welches Baron Haymerle dem Gebrauch gemäß erlassen werde, erst am Sonnabend vollendet worden sei. Bezüglich des Charakters dieser ersten offiziellen Kundgebung des neuen Ministers hält das genannte Blatt für gewiß, daß dieselbe die friedliche Tendenz der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns betonen und die Fortsetzung jenes, was Graf Andrassy begonnen habe, verheißen werde. Die nächste Aufgabe, welche der neue Minister zu lösen haben wird, dürfte, nach der Vermuthung des „Fremdl.", übrigens weniger diplomatischer, als administrativer Natur sein, wobei es die endliche Feststellung des gemeinsamen Budgets im Auge hat. Die hiefür nothwendigen Verhandlungen, zu denen Herr v. Tißa nach Wien komme, sollten schon in den ersten Tagen der laufenden Woche beginnen.

Dem schnellen und günstigen Verlauf derselben kann es nur förderlich sein, daß Baron Haymerle von dem vollen Zutrauen auch der öffentlichen Meinung Ungarns getragen wird. Die „Corresp. hongr." des Grafen Bethlen leiht dieser Gesinnung den unzweideutigsten Ausdruck, indem sie erklärt, die Ungarn betrachteten Baron Haymerle so gut wie einen der Ihrigen, und könne sich der neue Minister des Auswärtigen der Sympathien Ungarns für seine Person in vollem Maße versichert halten.

Das Vertrauen, womit die Presse Zis- und Transleithaniens die unter den Auspizien des Baron Haymerle sich eröffnende Zukunft begrüßt, steht in wohlthuendem Gegensatze zu den gerade jetzt in zwei auseinanderfolgenden Artikeln des Brüsseler „Nord" gemachten Versuchen, die Gemüther in Oesterreich-Ungarn mit Mißtrauen, zunächst gegen Deutschland, zu erfüllen.

Das Verhältniß Oesterreichs zu **Montenegro** hat seit dem neulichen Besuche des Oberkommandirenden der bosnischen Okkupationstruppen, Herzogs von Württemberg, in Cettinje ein besonders freundschaftliches Gepräge erhalten. Wie schon erwähnt, wurde dem Herzoge seitens des Fürsten Nikolaus ein sehr ehrender Empfang zu Theil, und die „Pol. Korr." berichtet jetzt, daß der Herzog alsbald nach erfolgter Abreise von Cattaro aus dem Fürsten für die glänzende Aufnahme, welche er am fürstlichen Hofe gefunden, telegraphisch seinen herzlichsten Dank abgestattet habe.

Weiter berichtet die „Pol. Korr.", daß Fürst Nikolaus den vom Ministerium in der Staatsrathssitzung vorgelegten Organisationsentwurf für den Hafen- und Seesanitätsdienst in Antivari genehmigt und einen Hafenkapitain für Antivari ernannt habe.

Betreffend den Ausbau des **serbischen** Eisenbahnnetzes erfährt die „Pol. Korr." aus Belgrad, die Regierung gedenke bei der Skupschtina vorläufig nur den Bau der Eisenbahnlinie Nisch-Vranja-Uesküb zu beantragen. Zu diesem Behufe sei der serbische Gesandte in Konstantinopel, Christic, beauftragt worden, mit der Pforte wegen des eventuellen Anschlusses in Verhandlungen über eine **türkisch-serbische Eisenbahnkonvention** zu treten.

Ein Telegramm der „Agence Havas" eröffnet der serbischen Hauptstadt die Aussicht auf die eventuelle demnächstige Ankunft des Fürsten von **Bulgarien**. Derselbe war am vorigen Freitag von Rustschuk abgereist, um sich zunächst nach Sistowo, Nikopolis und Widdin zu begeben.

Die **Pforte** trägt sich mit neuen Anleiheprojekten. „W. T. B." beziffert die Höhe der aufzunehmenden Summe auf 10 Millionen.

Die Reduzirung des türkischen Botschafterpersonals scheint in der That beschlossene Sache. Was speziell Paris betrifft, so soll der „Pol. Corr." zufolge die Pforte beabsichtigen, den dortigen seit der Abberufung Savfet Pascha's vakanten Botschafterposten nicht wieder definitiv zu besetzen, dagegen den bisherigen Generalgouverneur von Kreta, Photiades Pascha, mit der Wahrnehmung ihrer diplomatischen Interessen bei dem französischen Gouvernement zu betrauen.

Der auf einer Bereisung der Provinz **Ost-Rumelien** begriffene Generalgouverneur Aleko Pascha hat an die Pforte einen Bericht gelangen lassen, in welchem er versichert, überall persönlich für die Sicherheit und das Wohl der zurückgekehrten muhamedanischen Flüchtlinge Schritte gethan zu haben.

Ihre Personalnachrichten aus den Kreisen des diplomatischen Korps vervollständigt die „Pol. Korresp." noch dahin, daß nach einer ihr aus Rom zugehenden Meldung dort das Gerücht von der bevorstehenden Demission des **päpstlichen** Staatssekretärs, Kardinal Nina, und dessen in Aussicht stehender Ersetzung durch den Kardinal Jakobini verbreitet war.

Ebenso kursirte dort das Gerücht, daß der **italienische** Botschafter in Paris, General Cialdini, in Folge der Publikationen des „Gründuchs" seine Demission gegeben habe.

Der italienische Minister des Innern, Hr. Villa, hat in einer gestern gehaltenen Bankettrede seine Wähler auf ein Budgetbefizit in Folge erhöhter Ausgaben vorbereitet und die Ausdehnung des politischen Stimmrechts als wahrscheinlich bezeichnet.

Vorgestern hatte ein Pariser Korrespondent der „Indep. belge" bei dem Minister der **französischen** Post und Telegraphie, Herrn Cochery, die Ehre des Empfanges, dessen Pointe in den Auffchlüssen bestand, welche der Minister seinem Interviewer über die Stellung des Kabinets wie auch des Herrn Gambetta zu der Amnestiefrage ertheilte. Es scheint danach, daß in Betreff des ersten Punktes der Telegraph seinerzeit korrekte Angaben gemacht hatte. Sehr vorsichtig äußert der Korrespondent sich über die Rolle, die Hr. Gambetta in dem Amnestiefeldzuge der „Rep. fr." gespielt haben — könnte. Nach seinen Andeutungen müßte man in der mit so viel Lärm auf die politische Tagesordnung gesetzten Frage nur einen ballon d'essai erblicken, vermittelst dessen die öffentliche Meinung sondirt werden sollte. In keinem Falle, schließt der Interviewer aus den Worten des Herrn Cochery, wird Gambetta dem Willen des Landes präjudiziren wollen, doch hofft er, daß sich bis zur Eröffnung der Wintersession die Gemüther hinreichend beruhigt haben dürften, um eine reifliche Erwägung des Amnestieprojekts zu gestatten. Man muß also annehmen, daß die Frage in jedem Falle vor die Kammern gebracht werden soll.

Die neuesten **englischen** Depeschen vom afghanischen Kriegsschauplatze geben den vorgestrigen resp. den gestrigen Tag als den gültigen Termin für das Eintreffen des Generals Roberts in Kabul an. Inwiefern ist Balahissar in englische Hände und damit, strategisch gesprochen, Kabul schon vollständig in das englische Machtbereich gefallen. Die angesehensten Kausleute aus Kabul waren im Lager erschienen; die Gesammtzahl der eroberten Geschütze belief sich auf 110.

Der Londoner „Globe" hört von einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers von **Rußland** an den Militairkommandanten des Syr-Darja-Bezirks, General Troitzy, worin demselben der allerhöchste Dank für seine energischen und erfolgreichen Bemühungen um die Heranziehung der Kirgisenstämme zu regelmäßigem Kavalleriedienste gleich den Kosaken ausgedrückt worden sei. General Troitzy befinde sich jetzt in Taschkent, wo er gemeinschaftlich mit General Kaufmann die letzte Hand an sein Organisationswerk lege, von welchem man sich eine Verstärkung der russischen Militairmacht in Mittelasien um 15,000 Mann Reiterei verspricht.

Die von ausländischen Blättern gebrachte Meldung von der bevorstehenden Ernennung des Gehülfen des Ministers des Aeußern, Wirkl. Staatsrath Giers, zum Botschafter in Konstantinopel entbehrt nach den Informationen der „St. Petb. Wsd." jeder Begründung. Dasselbe Blatt meldet dagegen die bevorstehende Ernennung des Staatssekretairs Hamburger zum diplomatischen Vertreter in Bern.

Die Unterzeichnung des russisch-**chinesischen** Vertrages in Betreff der Abtretung von Kuldscha hat in Livadia stattgefunden.

Der Botschafter Chinas, Thun-Hou, hat sich unmittelbar darauf vom Kaiser Alexander verabschiedet und ist nach Petersburg zurückgekehrt. Er begiebt sich, wie der „Golos" erfährt, von dort aus nach Marseille und zu Schiff nach China. Zugleich mit ihm verlassen auch die Glieder der Botschaft, welche nicht zur ständigen Gesandtschaft gehören, St. Petersburg.

Die am 9. Oktober daselbst eingetroffenen Türk. Wsd." vom 28. August melden, daß die voraussichtliche Nothwendigkeit, in einigen Städten Chinas, darunter auch in Tschugutschak, besondere Konsulate zu errichten, den Generalgouverneur von Westsibirien veranlaßt hat, einen Beamten zu besonderen Aufträgen nach Tschugutschak abzukommandiren, um dort auf nichtamtlichem Wege die hierfür nöthigen Auskünfte einzuziehen. Die Nachricht, welche die „Times" vor Kurzem über die Errichtung neuer russischer Konsulate in China brachte, wird durch diese Meldung der „Turk. Wsd." somit bestätigt.

Die Beziehungen Englands zu dem hinterindischen Königreiche **Birma** sind nach und nach so prekär geworden, daß die Londoner Blätter sich zu der ungehinderten Abreise des britischen Bevollmächtigten, Mr. St. Barbe, förmlich beglückwünschen. Der „Times" wird aus Thyetmyo vom 10. d. gemeldet, daß die birmanische Regierung telegraphisch unbehinderte Abfahrt der Residentschaft angeordnet hatte. Der Dampfer, auf welchen mehrere Birmanen sich geflüchtet hatten, nahm unterwegs mehrfach britische Unterthanen auf. Begegnende englische Dampfer schlossen sich der Rückfahrt an. Die ganze Flotille war eben in Thyetmyo angelangt. Ein zweites Telegramm der „Times" meldet, daß die Irawaddy-Flotille alsbald wieder nach Mandalay aufgebrochen war.

Von der Generalsynode.

4. Sitzung vom 13. Oktober.

12 Uhr. Am Regierungstische Präsident Hermes, Generalsuperintendent Dr. Brückner und mehrere Räthe.

Das Eingangsgebet wird vom Generalsuperintendent Dr. Schulze gesprochen.

Die heute eingetretenen Synodalen v. Benda und Seydel legen das vorschriftsmäßige Gelöbniß ab.

Der Justizminister theilt mit, daß er den Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau ermächtigt habe, dem Landgerichtsdirektor Wohlfromm Urlaub für die Dauer der Synode zu gewähren. Damit ist der diesbezügliche Antrag der Synode erledigt.

Eine Vorlage des Ober-Kirchenraths betrifft die Anbahnung zur Einrichtung eines gemeinsamen Buß- und Bettages in den deutschen evangelischen Kirchen, wofür sich die Eisenacher evangelische Kirchenkonferenz im Jahre 1878 ausgesprochen hat.

Referent Ober-Konsistorialrath v. d. Goltz giebt eine Vorgeschichte dieser Bestrebungen, welche schon von 1853 an datiren. Die Eisenacher Kirchenkonferenz hat sich dafür ausgesprochen, den Bußtag von Mittwoch nach Jubilate auf den Freitag der letzten Woche des Kirchenjahres, d. h. auf den Freitag zwischen dem Todten-Sonntag und dem ersten Advent zu verlegen; der Ober-Kirchenrath hat sich diesem Vorsage angeschlossen. Der Mittwoch nach Jubilate sei kein passender Tag, einmal, weil er innerhalb der kirchlichen Freudenzeit zwischen Ostern und Pfingsten fällt, dann aber, weil diese Zeit mit Wochen-Feiertagen stark versehen ist, so daß in Bezug auf das Geschäftsleben manche Unbequemlichkeiten entstehen könnten. Eine Verlegung des Tages dürfte sich um so mehr empfehlen, wenn man den Bußtag zu einem national-deutschen machen will; eine äußere Organisation aller deutschen evangelischen Landeskirchen zu einer Einheit, sei gar nicht zu erreichen oder stehe in ferner Zukunft. Lediglich empfehle es sich wenigstens in der Institution des Bußtages ein gemeinsames nationales Band zu schaffen. Jetzt würden in den 28 Landeskirchen Deutschlands 47 Bußtage an 24 verschiedenen Tagen gefeiert, wodurch besonders in den Grenzdistrikten manche unliebsame Störungen einträten. Sollte man den Bußtag auf einen Sonntag verlegen, so wäre eine Einigung mit Süddeutschland leicht, allein das wäre im Norddeutschland einfach eine Aufhebung des Bußtages bedeuten. Königreich Sachsen, Mecklenburg und einige andere mitteldeutsche Staaten haben bereits in der Zeit am Schluß des Kirchenjahres ihren Bußtag, so daß durch die Wahl dieses Tages die Einigung wenigstens in Norddeutschland erzielt werden könnte. Von entscheidendem Gewicht wird die Uebereinstimmung der Synode sein; die preußische Landeskirche muß mit ihrem Beispiel vorangehen. Referent beantragt: Die Generalsynode wolle 1. in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Eisenacher Konferenz, und mit dem Antrage des Evangelischen Ober-Kirchenraths anerkennen, daß die Verlegung des Buß- und Bettages sowohl im landeskirchlichen als im nationalen Interesse ein Bedürfniß und die Wahl des letzten Freitags im Kirchenjahr zweckmäßig ist; 2. den Evangelischen Ober-Kirchenrath ersuchen, unter der Voraussetzung, daß die angebahnte Verständigung mit andern, besonders den norddeutschen evangelischen Kirchen-Regierungen zum Abschluß gelangt, und daß auch für den in Aussicht genommenen Bußtag der staatliche Schutz im bisherigen Umfange vorher garantirt ist, die thunlichst baldige Einführung eines gemeinsamen Buß- und Bettages anzubahnen.

Korreferent Lic. Hahn tritt dem Antrage des Referenten im Großen und Ganzen bei, wünscht aber den Bußtag auf den Freitag vor dem Todtenfest zu verlegen, da man schon gewohnt sei, den Missionssonntag als den Abschluß des Kirchenjahres zu betrachten.

Superintendent Rogge spricht sich dagegen mit aller Entschiedenheit gegen den Vorschlag des Referenten aus. Wenn zur Erreichung eines gemeinsamen Bußtages eine Verlegung nothwendig sein sollte, so könnte man denselben vielleicht auf Mittwoch nach Oculi (Mittfasten) verlegen.

Pfarrer Rülmann spricht sich zwar für den Antrag des Referenten aus, glaubt aber darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die Verlegung große Bedenken habe.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Zu den Wahlen.

* Daß Herr Eugen Richter das Mandat im 4. Berliner Landtagswahlkreise angenommen, ist bereits mitgetheilt. In Bezug hierauf veröffentlicht Dr. Straßmann noch das nachfolgende, an ihn gerichtete Schreiben: Berlin, 10. Oktober 1879. Hochgeehrter Herr! Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich die Wahl zum Abgeordnetenhause für den vierten Berliner Landtagswahlkreis angenommen habe. Das Mandat ist mir zu Theil geworden, obwohl ich mich auf dem den Herren Wahlmännern z. B. mitgetheilten Grunde jeder Bewerbung um dasselbe enthalten habe; dem an mich ergangenen Rufe mich doch zu entziehen, wurde ich angesichts der politischen Situation und des Gesammtausfalls der Wahlen vor meiner Partei nicht zu rechtfertigen vermögen. — Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn mir noch vor Eröffnung der Landtagssession Gelegenheit gegeben würde, den Herren Wahlmännern persönlich meinen Dank für das mir bewiesene ehrenvolle Vertrauen abzustatten. Mit vorzüglicher Hochachtung Eugen Richter."

* Der „Magdeb. Ztg." wird aus Merseburg 10. Oktober, geschrieben: Es verlautet hier, daß Graf Wintzingerode die auf ihn gefallene Wahl im Kreise Stadtwedel-Gardelegen annehmen werde, wodurch für uns eine Nachwahl nöthig wird. In diesem Falle würden die Konservativen den Landrath unseres Kreises, Herrn v. Helldorff-Kunstedt, der bekanntlich unseren Kreis auch im Reichstage vertritt, aufstellen.

* Wie die „Rdschl. Ztg." berichtet, hat der Staatsminister a. D. Falk dem Wahlkommissarius des Wahlbezirks Görlitz-Lauban angezeigt, daß er das Mandat für den genannten Wahlbezirk ablehnen müsse, da er sich verpflichtet hatte, das Mandat für seinen früheren Wahlkreis Duisburg-Essen-Mühlheim anzunehmen. Somit steht also im Wahlbezirk Görlitz-Lauban eine Nachwahl bevor.

* Wenn die Meldung des „Grenzboten" richtig ist, hätte Herr Krüger die auf ihn gefallene Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Habersleben abgelehnt.

* Die „Wiesbadener Ztg." konstatirt, daß die Fortschrittspartei innerhalb des früheren Herzogthums Nassau bei den diesmaligen Wahlen eine gründliche Niederlage erlitten hat, und bemerkt zu diesem Faktum u. A.: „Alle Nachrichten aus den einzelnen Wahlbezirken Nassau's stimmen darin überein, daß man mit vollem Bewußtsein den Bann der Fortschrittspartei sprengen wollte und gesprengt hat. Wer es noch nicht begreift, daß die Zeit der